

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. November 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die übrigen halbe Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 137

Neubestellungen auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt.

Weihnachtsgabe an die Invaliden

Der Vorstand hat beschlossen, den im Bezuge befindlichen Invaliden auch in diesem Jahre zu Weihnachten eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 100 Mk. zu gewähren. Die gleiche Unterstützung erhalten auch die Invaliden der Zentralinvalidenkasse in Liquidation, und zwar ebenfalls aus der Verbandskasse.

Wir ersuchen die in Betracht kommenden Funktionäre, diese Unterstützung rechtzeitig zur Auszahlung zu bringen.

Die verehrl. Gaukassierer wollen diese Unterstützung außerhalb der Abrechnung mit der Verbandskasse verrechnen, d. h. vom Überschuss in Abzug bringen.

Der Vorstandsvorsitzende

Die kommende Wirtschaftskrise

Man mag sich fragen, wie sich in den nächsten Wochen und Monaten der deutsche Arbeitsmarkt gestalten wird. Wird die Hochkonjunktur der letzten Monate noch eine Welle anhalten oder stehen wir kurz vor dem jähen Absturz? Wahrscheinlich ist für letzteres. Das „Blühen“ unserer Industrie und unseres Handels ist nicht organisatorische Aufwärtsbewegung, sondern Fieberwirkung der schwer wunden, in ihren Grundlagen erschütterten Weltwirtschaft, in der zur Zeit nicht die ökonomischen Gesetze der Bedarfsdeckung wirken. Dem sollen Wirbel einer nur durch die fortwährende Geldverschlechterung befruchteten Wirtschaft muß das Ermatten folgen. Die Belebung des deutschen Innenmarktes entspricht nicht der steigenden Kaufkraft der deutschen Konsumentenmassen, sondern dem panischen Bestreben, Warenbestände aus Furcht vor weiterer Entwertung in Ware umzuwandeln. Erschöpfung und die katastrophale Steigerung der Preise setzen diesem Streben ein Ziel und lassen den Innenmarkt zusammenfallen. Die Beeinflussung des Außenmarktes durch die Marktentwertung läßt sich schwerer überleben. Aber hier droht außerdem die Abbleichung, weil die unverminderte, teils sogar steigende Arbeitslosigkeit in den Hochvalutaländern nach Einfuhrbeschränkung deutscher Waren köhrt.

Wir müssen daher mit einer vermutlich schon sehr bald eintretenden neuen Industriekrise rechnen, die noch beschleunigt wird durch die politisch-wirtschaftlichen Maßnahmen und Forderungen der Interalliierten. Trifft uns erneut Massenarbeitslosigkeit, so muß sie um so verheerender wirken, da sie zusammenfällt mit wahnhaft gesteigerten Lebenshaltungskosten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf diese drohende Gefahr immer wieder hingewiesen und gewarnt, sich durch die zur Zeit günstigen Beschäftigungszahlen in Sicherheit wiegen zu lassen. Obendrein läßt sich die verhältnismäßig günstigen Zahlen nach zwei Richtungen. Einmal schüben die noch geltenden Demobilisationsbestimmungen in auch zur Zeit minder gutbeschäftigten Industrien die Arbeitenden durch Arbeitsstreckung gegen völlige Erwerbslosigkeit, und dann sind Sonderklauseln von Arbeitskräften bei Notstandsarbeiten beschaffig. Trotzdem sind im Augenblick die deutschen Arbeitslosenverhältnisse, verglichen mit dem Auslande, günstig, und sie könnten nur zu leicht verfallen, die drohende Gefahr zu überleben. Das Reichsarbeitsministerium hat allerdings wiederholt im „Reichsarbeitsblatt“ auf die ungesunde Basis der augenblicklichen Prosperität hingewiesen. Es hat auch in den letzten Tagen Vertreter der Industrie und der Gewerkschaften zu Beratungen über diese Frage geladen; Beratungen, die demnächst fortgeführt werden sollen. Die Vorstände des ADGB, und der AIA hatten sich bereits eingehend mit der Frage beschäftigt. Es gilt jetzt, wo wir noch vor der neuen Krise stehen, die Dämme aufzurichten, die die Flut aufhalten können.

Die Maßnahmen verlangen dreierlei: Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, Verhütung völliger

Erwerbslosigkeit durch Arbeitsstreckung und weitgehende Fürsorge für die Opfer der Krise. Die Forderungen des ADGB, und der AIA weisen denn auch diese Wege. Arbeitsbeschaffung ist das wichtigste Problem; alles andre kann nur Hilfsmittel sein, wenn sich dieses Problem nicht lösen läßt. Alle Unterstufungen und Verteilung der Arbeit können natürlich nicht die Wirtschaftskrise beseitigen, denn sie bedeuten letzten Endes weitere Belastung der Produktion, die nur durch gesteigerte Produktivität und höchste Kräfteökonomie gefunden kann. Die Forderungen des ADGB, richten sich daher vor allem auf Fortführung werkschaffender Arbeit und Vermehrung des Brachliegens von Arbeitskraft durch rechtzeitiges Bereitstellen von öffentlichen Aufträgen und Vorbereitung umfangreicher Notstandsarbeiten. Bei letzteren soll es sich um wirtschaftlich notwendige und produktive Arbeiten handeln, die in ihren Auswirkungen sogar eine Stärkung unserer Volkswirtschaft bedeuten würde. Heute gestaltet die aus der Landwirtschaft fliehende Rente, durch an sich zwar kostspielige Kulturarbeiten umfangreiche Ödländer in fruchtbarigen Boden zu verwandeln (Moorkulturen, Meliorationen). Die Verbreiterung unserer Lebensmittelfortschritte wäre dauernder Gewinn. Ausnutzung unserer Wasserkräfte durch Bau von Talsperren, Regulierungen usw. vermöchte unter Kohlenknappheit zu steuern. Der Bau von Kanälen, Straßen und Verkehrswegen ist nicht Luxus, sondern letzten Endes eine Verankerung. Die amtlichen Stellen haben unbetritten in der verflochtenen Zeit vieles auf diesem Gebiete geleistet. Sehr vieles ist aber auch nur guter Wille geblieben. Vieles ist erlosch in Kompetenzkonflikten oder ist Projekt geblieben, weil engstirniger Partikularismus die Kostenbedeutung zwischen Reich und Ländern und Gemeindeverbänden nicht regeln wollte. Mitgefühl der kommenden Krise müssen diese Hemmnisse überwunden werden, damit die freiwerdende Arbeitskraft zu nützlicher Arbeit geleitet werden kann.

Darum auch die weitere Forderung des ADGB, nach Ausbau und Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Hier gilt es neue Gesichtspunkte hineinzubringen. Es muß geprüft werden, wie sich trotz Wirtschaftskrise die Fortsetzung der Produktion ermöglichen läßt. Das Baugewerbe, das durch die ungeheuren Materialpreiserhöhungen bereits wieder in Gefahr kommt, muß in höchster Tätigkeit gehalten werden. Vorbedingung für die Fortführung vieler Industrien ist, daß der Innenmarkt dadurch vor dem Zusammenbrüche bewahrt wird, daß die inländische Kaufkraft geschützt wird. Darum die weitere Forderung nach sofortigem Einschreiten gegen den Preiswucher, besonders durch Unterbindung des preisreibenden Zwischenhandels. Nur wenn es gelingt, durch energische Maßnahmen den verwerderlichen Preiswucher, wie er heute in Wüste steht, zu unterbinden, wenn die Lage der Arbeiter und Angestellten erträglicher gestaltet wird, läßt sich der Innenmarkt aufrechterhalten.

Gelingt es nicht durch die geforderten Maßnahmen, die Arbeitskräfte produktiv zu erhalten, können öffentliche Aufträge und Notstandsarbeiten das Manko nicht ausgleichen, das durch eine neue Wirtschaftskrise entsteht, so muß die Arbeitsstreckung Schutz gegen völlige Arbeitslosigkeit bieten. Darum die Forderung des ADGB.: Weitgehende Beschränkung des Rechtes der Arbeitgeber, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Die noch geltenden Demobilisationsbestimmungen, die eine Arbeiterentlassung erst nach vorausgegangenem allgemeiner Arbeitsgehaltverzicht zulassen, müssen fortbestehen, solange unserer Wirtschaft die Gefahr droht, daß Hochkonjunktur und Depression sich in kurzen Zwischenräumen abspielen. Die Bestimmungen müssen sogar strenger, präziser gefaßt werden, denn es zeigt sich, daß es vielfach Unternehmer verstehen, die Verordnungen zu umgehen. Wertvoller als Zwang wären freiwillige Vereinbarungen über Arbeitsstreckung zwischen den Organisations der einzelnen Industrien. Leider haben bisher die meisten Unternehmerverbände in dieser Frage völlig verlagert. Erinnerung sei nur an die Behandlung dieser Frage in den Arbeitsgemeinschaften im Frühjahr dieses Jahres.

Der ADGB, fordert weiter: Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit unter angemessener Entschädigung der Kurzarbeiter. In früheren Verhandlungen haben die Unternehmer die Pflicht, zur Unterstufung der Kurzarbeiter beizutragen, abgelehnt, weil angeblich die Industrie die Belastung nicht tragen könne. Es haben denn auch nur wenige Firmen ihren Kurzarbeitern Unterstützung gewährt. Die neuen Forderungen lauten daher: Verpflichtung der Arbeitgeber zur Anstamm-

lung von Rücklagen und zu laufenden Beiträgen für die Entschädigung der Kurzarbeiter und für die Erwerbslosenunterstützung. Es soll den Unternehmern in Industrie und Handel die Pflicht auferlegt werden, jetzt in der Zeit unererbter Konjunkturgewinne einen Teil dieser Gewinne abzugleichen und Rücklagen zu Unterstufungszwecken zu sammeln. Was einzelne wenige Industrien, z. B. die Berliner Metallindustrie, bereits freiwillig tun, sollte gesetzlicher Zwang werden. Die Unternehmungen beimten zur Zeit im tollen Herrensabbat des Valutaralles ungläubliche Übergewinne ein, darum mögen sie auch einen Teil des Übergewinns für die Opfer hergeben. Es wird darüber hinaus die Verpflichtung zu laufenden Beiträgen der Unternehmer verlangt. Die schon erwähnte Aussprache im Reichsarbeitsministerium galt diesem Problem, wenn auch in etwas anderer Art. Der Vorentwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sieht vor, daß die Mittel zu je einem Drittel aus Beiträgen der Unternehmer, der Arbeiter und einem staatlichem Zuschusse fließen. Es war nun im Reichsarbeitsministerium die Frage aufgeworfen worden, ob sich vor der endgültigen Entscheidung des Gesetzes die Beitragsregelung entweder freiwillig oder durch Gesetz vorwegnehmen lasse. Dadurch sollte erreicht werden, daß bereits jetzt in der Zeit günstigen Beschäftigungsstandes Fonds aus laufenden beiderseitigen Versicherungsbeiträgen gesammelt werden für die Zeit größerer Not. Die Arbeitnehmervertreter haben eine solche vorgreifende Beitragsverbindung abgelehnt. Wohl kann der im Vorentwurf ausgesprochene Versicherungszwang für die Unterstufung Arbeitsloser verbunden mit Beitragspflicht anerkannt werden. Dieses entspricht auch den widersprüchlichen Beschlüssen unserer Gewerkschaften. Aber die Beitragspflicht kann nicht vor Bestimmung des Gesamtbeitrages, an dessen Entwurf die Gewerkschaften noch erhebliches auszusetzen haben, anerkannt werden. Anders ist die Forderung des ADGB, zu bewerten, der schon jetzt einseitig die Vorgesorgspflicht der Unternehmer durchgeführt wissen will. Nicht, weil das vermutlich kommende Gesetz doch Pflichtbeiträge auferlegt, soll diese Verpflichtung schon jetzt erfüllt werden. Das kommende Gesetz ist für mehr oder minder normale Verhältnisse gedacht. Heute leben wir in völlig abnormen Verhältnissen. Die Währungsreform führt durch die katastrophale Steigerung der Lebenshaltungskosten alle Lohn- und Gehaltsempfänger in das größte Elend. Die Lohnherabsetzungen können nur zögernd und in weitem Abstände folgen. Derweilen wirkt die Krise durch eben dieselbe Steigerung dem Handel und der Industrie märchenhafte Übergewinne in den Schoß. Und hierin liegt die Begründung für das Verlangen, daß die Unternehmungen aus diesen abnormen Gewinnen Mittel für die Opfer der sicher kommenden Wirtschaftskrise bereitstellen. Die Arbeiter haben sich selbst bereits freiwillig schwere Lasten aufgebürdet, um Vorsorge für kommende Armut zu treffen. Was sind die Gewerkschaftsbeiträge zum wesentlichen andres als Ansammlungen von Rücklagen zur Unterstufung Arbeitsloser? Wenn gerade jetzt alle Gewerkschaften die Beiträge stark erhöhen, so doch vor allem, um genügende Reserven für die künftig notwendige Arbeitslosenunterstützung zu sammeln. Es bedarf also nicht des Appells an die Arbeiter; sie leisten bereits heute von ihren unzureichenden Löhnen große Opfer für die Zukunft. Darum sollen auch die Unternehmer gezwungen sein, aus ihren Übergewinnen Unterstufungsfonds zu schaffen.

Der ADGB, verlangt, daß ungefümt entsprechend den aufgestellten Forderungen Maßnahmen getroffen werden. Noch leben wir im Zeichen der Hochkonjunktur mit relativ geringer Arbeitslosigkeit. Aber die Zeichen deuten auf eine baldige Krise und lähmende Arbeitslosigkeit. Dieses muß für alle verantwortlichen Stellen und Behörden Anlaß sein, schon jetzt dem kommenden Abfall vorzubeugen, ehe es zu spät ist. (G.N.N.)

Für das Buchdruckgewerbe sind die wirtschaftlichen Ausichten auch nicht anders. Die gewöhnliche gute Konjunktur in den Großstädten ist hauptsächlich auf ungesunde Auslandsgeschäfte zurückzuführen, die bald ins Stocken kommen können. In der Provinz aber sind manchmal noch in überausender Anzahl Arbeitslose vorhanden. Im allgemeinen könnten strenge Einhaltung des Wirtschaftslages und ein natürlicher Widerstand gegen die treibhausmäßige Züchtung der Akkordarbeit auch als Mittel für eine Milderung der kommenden Arbeitslosigkeit in Betracht gezogen werden.

Währungsfragen und Bohnproblem

Die Not steigt, die Zeit drängt, der Bürokrat schläft. Da ist es nun bitter nötig, daß wir Arbeiter endlich mehr zu denken anfangen und uns auch um Dinge kümmern, die scheinbar weitab von unserm Interessiertheil liegen, doch aber nahe genug fühlbar sind: am WAGEN.

Zu diesen Dingen gehört auch die „Währungsfrage“. Mehr als auf die Geschichte kommt es auf das Wesen der Währungen an, d. h. auf die Systeme. Man unterscheidet nur zwei, willkürliche und unwillkürliche; anders ausgedrückt: bedingte und unbedingte. Von den bedingten sind zu nennen die Metall- (Gold und Silber) währung und die Papierwährung. Die unbedingte (absolut, fest) Währung weißt auch zwei Stufen auf. Einestheils unter Beibehaltung des bisherigen Metalls oder Papiergeldes, andernteils unter Anwendung eines abzustempelnden Geldes (weil damit das Geld am Familienverbander werden kann). Auf das andere wissenschaftlich festgelegte Währungssystem, die „dynamische Doppelwährung“, komme ich abdrücklich später zu sprechen, wie ich auch die neuerdings aufgelauchte „Einer“-Währung erst zuletzt kresse. Bis heute haben wir nur willkürliche, also bedingte Währungen, sei es nun Gold, Silber- oder reine Papiergeldwährung. Eine kurze Erläuterung: Für dasjenige Metall, das als „Währungsmetall“ dienen soll, wird für ein bestimmtes Quantum (Menge) ein bestimmter Preis festgelegt. Zum Beispiel bei Goldwährung: 1 kg Feingold = 2790 Mk., das war 1914; jetzt zählt man ungefähr 70000 Mk. für dieselbe Menge Gold. Übertragen wir das ins Wirtschaftslieben: nach den der Goldwährung zugrunde gelegten (nicht liegenden) Gesetzen hält du zu jeder Zeit und an jedem Ort für 2790 Mk. ein Kilogramm Feingold oder für 1 Mk. den 2790. Teil von einem Kilogramm Feingold zu erhalten. Noch klarer: die „Wertbeständigkeit“ des Geldes wurde dadurch zum Ausdruck gebracht, daß man die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes gegenüber dem Golde festsetzte. Gold ist auch eine Ware, es unterliegt ebenfalls dem Gesetze von Angebot und Nachfrage. Macht man es aber zum „Währungsmetall“, so muß es immer in genügender Menge vorhanden sein, um eben den Preis „wahren“ zu können. Da das aber nicht der Fall ist (die Förderung kann ja ausbleiben oder auch aufhören), so unterliegt das Gold naturgemäß auch den Schwankungen. Für das Gold, welches doch nur von knapp einem Sehtel der gesamten Bevölkerung gebraucht wird, sucht man die Kaufkraft des Geldes gleichbleibend zu erhalten, und für die andern zum Leben notwendigen Waren läßt man dann Schwankungen zu, die schon vor Kriegsbeginn in einer knappen Reihe von Jahren (etwa 15–20) nahezu 25 Proz. betragen. Also: die Warenpreise konnten schwanken, wenn nur der Goldpreis festblieb!

Einige Tatsachen seien noch gestreift. Für alle der Goldwährung unterstellten Länder gilt das Drittelbedingungs-gesetz, d. h., die Summe der ausgegebenen Banknoten muß zum dritten Teil durch den Goldbestand gedeckt sein. War das nicht der Fall, so hatte das Geld eben nicht den vollen „Wert“, es hätte niemand das „ungenügend gedeckte“ Geld angenommen. Waren also 30 Mill. Mk. Gold in der Reichsbank, so durften höchstens 90 Mill. Mk. Banknoten ausgegeben werden. Am 1. August 1914 gab die Reichsbank die Aufhebung der Einbürgungs-pflicht bekannt, das war praktisch der Bruch mit der Goldwährung. Das Zahlungsvorzeichen ist aber auf neugebrachten Banknoten immer noch zu finden. Auch wurde erst am 23. März 1921 in einer Sitzung des Reichswirtschaftsrats bekanntgegeben, daß die Drittelbedingung bis zum 31. Dezember 1923 aufgehoben sei.

Nach allen bisherigen Erfahrungen kann man feststellen, daß jede willkürliche Währung den Keim der sich periodisch wiederholenden Wirtschaftskrisen in sich trägt. Kaufkraft (Kochkonjunktur) wechselt ab mit Waise (Stückung des Erwerbslebens), die Bedeutung des Wechselkurses (Valuta) für ein Land ist von verschiedenen Seiten zu betrachten. Doch zuerst, was ist Valuta? Valuta ist die Bezeichnung dafür, in welchem Verhältnis die Kaufkraft des Geldes des Inlandes gegenüber der Kaufkraft des Geldes der andern Länder steht. Betrachtet man den Wechselkurs von andern Gesichtspunkten, so wird man festlegen müssen. Um nicht abzuschweifen, muß ich die Begründung hierfür unterlassen. Eins steht bezüglich der Währung fest: unter Einfluß einer willkürlichen Währung wird der Wechselkurs nicht von den Schwankungen befreit werden können, die oft den Anstoß zu Spekulationen Handel zum Schaden des Volkes-ganges geben. Ob der Wechselkurs hoch oder tief steht, braucht unter Umständen nicht so ausschlagend zu sein als die Tatsache, daß man mit einem festen Wechselkurs rechnen kann. Eine weitere Verbindung mit der Währung ist im Zinsfuß zu erblicken. Die unter der willkürlichen Währung entstehenden Seiten der Kochkonjunktur sind immer mit steigenden Preisen, steigenden Löhnen und steigendem Zinsfuß begleitet gewesen. Umgekehrt: mit fallenden Preisen, sinkenden Löhnen und sinkendem Zinsfuß. Fasten wir also fest: hoher oder niedriger Zinsfuß ist immer Wirkung, nicht Ursache.

Ich gestalte mir, zum Beweise für die von mir hier aufgestellten Behauptungen der „Währungsfrage“ (im Miniroverlag, Stuttgart, erschienen) mit Erlaubnis des Verfassers nachstehend folgendes zu entnehmen:

Über die Faktoren, welche die Höhe des Zinsfußes bestimmen, nämlich Angebot von Leihgeld von Seiten der Gläubiger und Nachfrage nach Leihgeld von Seiten der Schuldner, soll folgende Zusammenfassung aufhören, worin durchweg die Parallele mit der Preisbildung auf dem Warenmarkt gezogen ist.

Preis:
Angebot von Waren von Seiten der Verkäufer und Nachfrage nach Waren von Seiten der Käufer bestimmen die Preise.
Ergebnis: viele Verkäufer auf dem Markt, die ihre Waren gern los wären, während die Käufer sich ärgern über den Preis, so sinken die Preise.

Zinsfuß:
Angebot von Leihgeld von Seiten der Gläubiger und Nachfrage nach Leihgeld von Seiten der Schuldner bestimmen den Zinsfuß.
Ergebnis: viele Gläubiger auf der Bank, die gern Geld auf Zins ausleihen möchten, während die Schuldner mit der Aufnahme neuer Leihgaben ärgern, so sinkt der Zinsfuß.

Glauben die Kaufleute an eine andauernde Preissteigerung, so beugen sie sich einzuhalten und treiben dadurch die Preise erst recht in die Höhe. Wenn die Verkäufer leben, daß die Kaufleute ihre Einkünfte zu beschleunigen trachten, und sie nähren diese Zwangslage aus, um höhere Preise zu erzielen.

Glauben die Gewerbetreibenden an eine andauernde Preissteigerung, so vergrößern sie ihre Unternehmungen, brauchen dazu mehr Leihgeld und treiben damit den Zinsfuß in die Höhe. Wenn die Banken leben, daß die Unternehmer eine größere Menge Leihgeld nutzbringend verwenden können, und sie nähren diese Zwangslage aus, um mehr Zins zu erhalten.

Ob eine günstige Konjunktur die Kaufleute zu vermehrten Einkünften ermuntert oder ob die Angst vor der kommenden Zensur (Krieg) die Käufer zu vermehrten und beschleunigten Einkäufen drängt, in beiden Fällen wächst die Nachfrage nach Waren und die Preise steigen.
Die Verkäufer fordern eben nie weniger Geld für ihre Produkte, als sie entsprechend Nachfrage und Angebot auf dem Warenmarkt erzielen können.
Die Gläubiger fordern eben nie weniger Zins für ihr Leihgeld, als sie entsprechend Nachfrage und Angebot auf dem Leihemarkt erzielen können.

Diese Beispiele dürften genügen, um die Natur des Zusammenhanges zwischen Angebot und Nachfrage einerseits und Warenpreis und Zinsfuß andererseits klarzulegen. Wie aber aus vorstehendem ersichtlich, ist unter einer willkürlichen Währung der Preisstand ein immerwährendes Auf und Ab. Und dieses Auf und Ab des Preisstandes ist auch die Ursache dafür, daß der Zinsfuß hoch oder niedrig ist. Wir wissen ja zur Genüge, daß nur das „Rentabilitätsgesetz“ maßgebend dafür ist, ob produziert wird oder nicht. Also die Höhe des „Profits“, des Zinsfußes. Die Preischwankungen bilden die Ursache dafür, daß der Zinsfuß hoch oder niedrig ist. Nun gut, leben wir also darauf, daß die Preischwankungen fortbleiben, dann ist auch die Ursache für das Wegfallen, was das Wirtschaftslieben in seiner gleichmäßigen Entwicklung bemitt.

Nun noch zu der letzten der willkürlichen Währungen, zur Papierwährung. Die Gesetze, die für die Notenausgabe und für alle damit zusammenhängende finanztechnische Maßnahmen erlassen werden, sind maßgebend dafür, in welchen Bahnen sich das Wirtschaftslieben unter einer Papierwährung bewegen wird. Schon längst ist wissenschaftlich bewiesen, daß eine richtig geleitete Geldwährung ein Land vor den allgemeinen Wirtschaftskrisen zu bewahren vermag. Mit Hilfe der reinen Quantitätstheorie wäre jedoch die Papiergeldwährung so zu gestalten, daß ihr gegenüber der Metallwährung der Vorzug gebührt.

Geben wir nun zum System der unbedingten Währungen über. Wir haben, daß bei der Goldwährung nur das Währungsmetall, in diesem Fall also Gold, einen festen, bestimmten Preis hatte (besser: haben sollte), während alle übrigen Warenpreise schwankten. Was soll nun aber bei der unbedingten Währung wahren oder fest bleiben? Nun, eben nicht nur der Preis eines gerade gültigen Währungsmetalls, sondern der Preis für die Gesamtheit der Waren des Marktes, also der

allgemeine Preisstand. Wir müssen von der Währung verlangen, daß dieser allgemeine Preisstand (der mittlere Warenpreis) weder steigen noch fallen. Das Wichtigste dabei wäre, daß dadurch die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes gegenüber allen Waren gewährleistet ist. Ist nun die Festigkeit des allgemeinen Preisstandes zu erreichen und dann dauernd aufrecht zu erhalten? Ich sage: ja und verweise auf die von Dr. Th. Christen erhalt wissenschaftlich begründete „Quantitätstheorie des Geldes“, die den Zusammenhang zwischen der Menge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und dem allgemeinen Preisstande bezeichnet. Der allgemeine Preisstand wird beeinflusst durch Geldvermehrung oder Verminderung, durch Erhöhung oder Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Welcher Art ist nun die Beeinflussung des allgemeinen Preisstandes durch vorgenannte Faktoren? Die Vermehrung der umlaufenden Geldmenge erzeugt allgemeine Preissteigerung, Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit bewirkt ebenfalls Preissteigerung. Nun die gegenteiligen Punkte: Verminderung der umlaufenden Geldmenge erzeugt Preisfall, Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit d. h. gleiches. Hinsichtlich des bargeldlosen Zahlungsvorkehrs bemerke ich, daß derselbe keinen nachteiligen Einfluß auf den allgemeinen Preisstand ausüben kann. Die Verwendung von Geld und Geldersatzmitteln (Giro, Scheck, Wechsel usw.) geht gleichzeitig vor sich. So wäre also ein „Währungsamt“ in der Lage, mit Hilfe der reinen Quantitätstheorie jederzeit Maßnahmen zu treffen, die den allgemeinen Preisstand aufrechterhalten.

Wie steht es nun mit dem Wechselkurs (Valuta) unter der unbedingten Währung? Zwischen zwei Ländern mit unbedingter Währung bleibt der Wechselkurs fest; hat jedoch das angrenzende Land eine willkürliche Währung, meinestwegen Goldwährung, so kann der Wechselkurs nicht fest sein, da das letztere Land unter dem Zeichen sich periodisch wiederholender Wirtschaftskrisen steht. Das Land mit unbedingter Währung hingegen ist von den Wirtschaftskrisen verschont, hat also in dieser Beziehung schon einen großen Vorteil aufzuweisen. Unter willkürlichen Währungen sind immer und immer, kraft der diesen Währungen zugrunde liegenden (nicht gelegten) Gesetzmäßigkeiten, Preisrisikantanken zu verzeichnen, die erweisenenermaßen die Ursachen abgeben für schwankende Löhne und schwankenden Zinsfuß. Sobald durch das Sinken des Zinsfußes die Rentabilitätsgrenze unterschritten wird, tritt Einstellung oder Beschränkung der Produktion ein.

Die unbedingte Währung ist nun darauf festgelegt, den allgemeinen Preisstand festzuhalten. Dadurch fallen die Ursachen fort, die die Anruhe in das Wirtschaftslieben bringen, und der Zusammenhang der Bewegung des Zinsfußes und der Löhne ist aufgehoben. Unter dem sich nun geregelt abspielenden Wirtschaftsgange mehr sich naturgemäß das Angebot von Leihgeld, die Nachfrage nach Leihgeld aber nimmt ab. Folgeerscheinung: der Zinsfuß sinkt! Hier tritt nun ein Ergebnis ein, was in der Geschichte der Geldwirtschaft noch nie vorkam und nicht vorkommen konnte, weil die Eigenart der bis jetzt angewandten Währungen dies direkt ausschließt: die eben vorhandene Kupplung zwischen den Bewegungen des Preisstandes und des Zinsfußes wird durch die unbedingte Währung erledigt. Der Zinsfuß wird automatisch erniedrigt trotz gleichbleibendem allgemeinen Preisstande. Da nun der Zusammenhang zwischen Zinsfuß und Lohn gelöst ist, kann ein sinkender Zinsfuß nicht mehr sinkende Löhne nach sich ziehen. Das Gegenteil tritt ein: die Löhne müssen steigen, da ja alles, was vom Zins nicht mehr aufgelogen wird, auf den Lohn fällt. Ich lasse nun eine Aufstellung folgen, die der Schrift Dr. Th. Christens: „Die Durchführung der absoluten (unbedingten) Währung“ entnommen ist.

Die Dynamik der Währungssysteme

	I. Willkürliche Währungen		II. Absolute Währung	
	1. Metallwährung	2. Papierwährung	1. Mit herkömmlichem Geld, Metall oder Papier	2. Mit Schwundgeld nach Gesetz
Kaufkraft	Bei vermehrter Einfuhr des Währungsmetalls, vermehrter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und Erweitern des bargeldlosen Verkehrs, was in der Regel zugleich auftritt, erfolgt langsam und dauert mehrere Jahre.	Bei vermehrter Richtigkeit der Notenpresse (ob nun die Noten „gedeckt“ seien oder nicht), wobei gleichzeitig auch die Umlaufgeschwindigkeit und der bargeldlose Verkehr zunimmt.	Ausgleichslos während langer Jahre, dann aber unvermeidlich und katastrophal unter Bruch der absoluten Währung.	Vollkommen ausgeschlossen.
Waise	Bei verminderter Einfuhr des Währungsmetalls, bei Verminderung des Geldumlaufes und bei Einschränkung des bargeldlosen Verkehrs, was in der Regel zugleich auftritt, erfolgt meist rasch (Panik), kann aber auch in einem Dauerzustand übergehen.	Bei ungenügender Einfuhr oder gar Einzug von Noten, wobei zugleich auch die Umlaufgeschwindigkeit sinkt und der bargeldlose Verkehr eingeschränkt wird (sinkender Kredit!).	Vollkommen ausgeschlossen.	
Zinsfuß	Langsam steigend während der Kaufkraft, vorübergehend rasch und hoch steigend zur Zeit der Panik, sinkend während der Waise.		Langsam sinkend bis zur Katastrophe, dann rasch steigend.	Langsam und dauernd sinkend.
Zahlungsvorkehrs	Während der Kaufkraft günstig für den Schuldner, während der Waise umgekehrt.			Unverändert.
Wechselkurs (Valuta)	Unverändert fest gegenüber den Ländern mit gleicher Währung, langsam sinkend gegenüber den Ländern mit absoluter Währung.		Absolut fest gegenüber andern Ländern, die auch absolute Währung haben, dagegen langsam sinkend gegenüber Ländern willkürlicher Währung.	
Verkauf und Produktion		Stetig zunehmend.	Stetig abnehmend.	
Erregung des Erwerbslebens	Während der Kaufkraft um so kräftiger, je rascher die Preise steigen; während der Waise dagegen wirtschaftliche Depression und unversicherte Bankrotte.		Keine. Dafür Förderung durch vollkommene Stabilität und Wegfall der Unsicherheit der Konjunkturalen.	Kräftig, wie bei einer 5prozentigen Inflation.

Zu dem erwähnten Schwundgeld (Silvio Gesell) ist folgendes gesagt: Da das Geldwesen nicht statisch (ruhend), sondern dynamisch (bewegend) ist, unterliegt es keiner Gleichgewichtsbedingung, sondern der Veränderung. Die Dynamik ist die wichtigste Eigenschaft des Geldwesens. Dieser müssen wir gerecht werden, und das kann nur durch ungedeckten Umlauf des Geldes geschehen. Unter jeglichem Geld ist dafür nicht zu gebrauchen. Nur ein in bestimmten Umständen eintretender Verlust am Gelde kann das selbe zum unbedingten notwendigen Umlaufe zwingen.

Es gibt aber noch ein zweites Mittel, der Dynamik des Geldes gerecht zu werden: die „dynamische Doppelwährung“. Unter diesem Währungsstern ist es nicht Aufgabe, für den festen Preisstand Sorge zu tragen, sondern es ist nur daraus zu sehen, daß der allgemeine Preisstand nie sinkt, sondern stets steigt. Die Preissteigerung wird dann so genau als möglich auf 4 bis 5 Proz. jährlich eingestellt und die sich dadurch ergebenden Nachteile für die Gläubiger (auch Lohnempfänger) werden so ausgeschaltet, daß allen Zahlungsverträgen die unbedingte Währung zugrunde liegt. (Das „Währungsamt“ hätte jährlich drei- oder viermal die Änderung des allgemeinen Preisstandes festzustellen. Er gibt sich, daß er z. B. um 5 Proz. gestiegen ist, so sind für die folgende Zeit alle Zahlungen ebenfalls um 5 Proz. zu erhöhen. Von einer sogenannten Geldentwertung kann dann keine Rede sein.)

Aber die anfangs erwähnte „Einer“-Währung von Dr. Robert Giffen ist nicht so viel zu sagen, da sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens nicht so schnell unterworfen hat. Es wäre verfrüht, wollte man sie ungeprüft abtun. Darum enthalte ich mich jeden Urteils, weil ich sie noch nicht genügend durchdacht habe.

Wenn ich hier verhandelt habe, in gedrängter und doch umfangreicher Form einmal die Probleme zu behandeln, die gerade jetzt die Aufmerksamkeit aller beanspruchen, so geschah es deshalb, um auch auf diesem Wege mit ihnen zu helfen an dem Werke der Befreiung aus der Knechtschaft. Nicht allein politisch, nein, auch wirtschaftlich müssen wir gerüstet sein. In jeder Sache steht ein Körnchen Wahrheit, darum dürfen wir kein Mittel unversucht lassen, was uns auch nur die Möglichkeit einer Besserung bietet. Wir brauchen jeden Arm und jeden Stoß heute notwendiger denn je. Wir müssen uns die Kenntnisse aneignen, die es uns dann möglich machen, mit ruhigem, aber festem Griff zu verfahren, das nach all dieser Not das tote Eigentum uns überlebt. Das müssen und werden wir auch verhalten können. Ihre einzige Waffe ist die Arbeit, mit ihr nur werden wir den Kapitalismus überwinden.

Chemnitz,

Walter Matthes.

II.

Die Geldvermehrung und die Arbeiter

Die Geldtheorie haben die Arbeiter von jeher nicht viel Interesse gehabt. Man kann ganz allgemein selbst bei den besten reglementierten Arbeitervereinigungen durchblättern, ohne auch nur eine Zeile der Aufklärung über Geldwesen darin zu finden. Um so verständlicher ist es von Walter Matthes, daß er in Nr. 128 des „Korr.“ nicht nur die Aufmerksamkeit der Kollegen auf das Geldproblem im allgemeinen lenkte, sondern auch gleich die für die Arbeiter wichtigste Seite des Problems klar beleuchtete, nämlich den Einfluß der Geldvermehrung auf die Preise. Wenn den Arbeitern durch immer und immer wiederholte Hinweise, wie sie Matthes gibt, einmal klar gemacht ist, was die Herausgabe einer Milliarde neuen, ungedeckten Papiergeldes für sie bedeutet, dann werden Reichsbankausweise wie in der letzten Zeit von der Arbeiterschaft mit nicht geringerer Empörung aufgenommen werden als ein nationalistisches Manifest auf einem ihrer Führer.

Matthes und mit ihm alle führenden Volkswirtschaftler Deutschlands und des Auslandes fordern eine Stabilisierung der deutschen Währung. Diese Stabilisierung sollte in der Tat die nächste und wichtigste Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft sein, aber es fragt sich: Wie kommen wir dahin?

Sicher ist, daß das Ziel nicht mit einem Schlag und nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Wahrscheinlich ist es auch nicht möglich, das Ziel für alle deutschen Arbeiter gleichzeitig zu erreichen. Ein schrittweises Vorgehen ist unvermeidlich.

Wenn man sich über die Art des Vorgehens klar werden will, ist es unerlässlich, die Geschäfte zu befragen, was in solchen Fällen geschehen ist, wo durch übermäßige Vermehrung des Geldes sein Wert und seine Kaufkraft stark vermindert wurden. Es soll hier keine währungsrechtlichkeits Abhandlung geschrieben werden. Deshalb sei hier nur kurz bemerkt, daß seit Hunderten von Jahren das Volk auf eine ungehemmte Vermehrung des Geldes durch die Regierung immer nur in einer Weise reagiert hat — es nimmt die wertlosen Papierklappen (in früheren Jahrhunderten waren es Lederlücke oder Blech) zuhelfe überhaupt nicht mehr an, sondern bedient sich ausländischer Zahlungsmittel von stabilem Wert oder des Metallgeldes.

Das Papiergeld der französischen Revolution brauchte z. B. gar nicht eingelöst zu werden, weil die Bevölkerung einfach wieder nach Silberfranken rechnete, nachdem ein Fränkling in Paris etwa 10000 Papierfranken kostete. Daneben lief sehr viel ausländisches, besonders holländisches Geld um.

Eine ganz ähnliche Bewegung hat vor unsern Augen in diesen Wochen begonnen. Das „Samburger Echo“ berichtet, daß die Samburger Seegroßhändler nur noch gegen Zahlung von holländischen Gulden liefern. Aus Österreich wird berichtet, daß die dortigen Kaufleute für

österreichisches Papiergeld nichts mehr verkaufen. Drei Samburger Banken zahlen ihren Anstellten das Gehalt in holländischen Gulden. Eine große amerikanische Geschäftsstelle in Hamburg zahlt Löhne und Gehälter in amerikanischen Dollars. Viel wichtiger als alles dies ist aber, daß fast der gesamte deutsche Außenhandel heute schon in ausländischer Valuta umgeseht wird. Nur die Textilindustrie hat bisher noch Rechnungen für ausländische Abnehmer in deutscher Mark ausgestellt, worauf die „Frankfurter Zeitung“ sie aufgaberte, sich endlich den Plänen anderer Exporteure anzuschließen. Versichert wird vom Großhändler überhaupt nur noch in ausländischer Währung, in Hamburg speziell in englischer.

Man kann also sagen: Handel und Industrie haben in Deutschland und noch mehr in Österreich die inländische Währung für sich ausgeschaltet und benutzen sie nur noch, um Löhne und Steuern damit zu bezahlen. Sollen die Arbeiter dieses stumpsinnig und teilnahmslos hinnehmen?

Wenn der deutsche Arbeiter sich irgendwo beinträchtigt fühlt, ruft er zuerst nach einem Gesetz. Regierung hilft! 300 Jahre Volkseigenschaft haben diese Denkgewohnheit so tief in die Gehirne eingepflanzt, daß wir wahrscheinlich noch weitere 300 Jahre gebrauchen, um sie los zu werden. Man hat ein Gesetz verlangt, das den Abschluß von Geschäften zwischen Inländern in ausländischer Valuta verbietet. Wie deutsche Gesetze durchgeführt werden, wenn sie der Bourgeoisie nicht passen, sieht man an der Steuererhebung. Also weg mit dem Gedanken an Staatshilfe!

Der Arbeiterschaft bleibt nur ein Ausweg: Sie muß es machen wie die Bourgeoisie, sie muß die Annahme der deutschen Papiermark ablehnen und muß die Zahlung der Löhne in ausländischer Valuta verlangen!

Viele werden über diesen Vorschlag empört sein. Die meisten werden das deutsche Papiergeld nicht für so schlecht halten, daß es durch ausländisches ersetzt werden müßte. Diesen kann man nur sagen, daß sie nicht verpflichtet sind, vom deutschen Papiergeld eine bessere Meinung zu haben wie der Reichsbankpräsidenten Savenstein, der das gegenwärtige Geldsystem „trockenen Bolschewismus“ nannte.

Den Anfang mit der Forderung des Lohnes in ausländischer Valuta müßten natürlich diejenigen Arbeiter machen, welche in Exportindustrien arbeiten, wo also die Arbeitgeber ausländische Zahlungsmittel in genügender Menge besitzen. Auch die Transportversicherung, speziell die Seeversicherung, könnte die Gehälter in ausländischer Valuta zahlen.

Der Dollar ist das eigentliche Weltgeld geworden. In den letzten Tagen ist z. B. bekannt geworden, daß sogar schwedische Lokomotivfabriken Lieferungen für die russische Regierung nicht in schwedischen Kronen, sondern in Dollars berechnen. Diese Weltgeltung hat sich der Dollar erworben, nicht weil er sich irgend eine Währung ist, sondern weil er die besten und stabilsten Währungen zur Zeit der Welt und stabilste ist. Unter diesen Umständen ist der Gedanke, die Löhne der deutschen Arbeiter in Dollar zu fordern, eigentlich nabelliegend. Schon im Jahre 1920 beställigte sich Adolf Braun in seiner vorstrefflichen Broschüre „Geldrevolution und Arbeitslohn, ein Beitrag zur Lehre von den gleitenden Löhnen“, damit. Braun lehnt die Dollarlöhne für Deutschland allerdings ab, seine Gründe sind jedoch nicht recht stichhaltig. Er sagt: „Viel einfacher wäre es, für unsre Löhne eine Dollarrechnung einzuführen und den Lohn tatsächlich nach dem jeweiligen Kurse des Dollars in deutscher Währung auszugeben. Damit wäre aber weit weniger gewonnen, als man annimmt. Ist die Verminderung des Reallohnes zwar in hohem Maße auf die Geldentwertung zurückzuführen, so ist das hinausschellen der Preise auch noch durch andre Ursachen, so durch den Mangel an Waren, durch erhöhte Transportkosten, durch erschwerte Handelsbeziehungen und durch mancherlei politische und auch außerhalb der Geldentwertung liegende finanzielle Schwierigkeiten würde also nicht die Lösung des Problems bringen, wenn auch die Frage einer Weltwährungsrechnungsmünze, wie es der Dollar sein könnte, aus manchen, aber hier nicht zu erörternden Gründen zu erwägen wäre.“

Man erkennt sofort, daß die Gründe Brauns heute nicht mehr zutreffend sind. Mangel an Waren besteht heute nicht mehr, sondern ein derartiger Überfluß, daß Deutschland die halbe Welt mit Waren überflutet, zum Schaden der ausländischen Industrie. Erhöhte Transportkosten sind ebenfalls nur eine Wirkung der Geldvermehrung und keinesfalls durch Mangel an Schiffsraum bedingt, denn mehrere Millionen Tonnen Schiffsraum der Welttonnage sind unbeschäftigt. Die Schwierigkeiten der Handelsbeziehungen sind ebenfalls eine unmittelbare Folge des schlechten Standes der deutschen Valuta und verschwinden wahrscheinlich in dem Augenblick, wo die deutsche Währung durch etwas Besseres ersetzt wird.

Braun spricht eigentlich nicht von der Zahlung der Löhne in Dollar, sondern von der Zahlung in deutscher Mark nach dem Kurswerte des Dollars. Das sind zwei verschiedene Dinge. Heute kann die Zahlung nach dem Kurswerte nur für diejenigen Arbeiter in Frage kommen, deren Arbeitgeber tatsächlich keine Dollarlöhne verneinbaren und sich auch keine verschaffen können. Alle andern Arbeiter müssen auf der Zahlung in Originaldollars bestehen, damit das Ziel: Befreiung der Markwährung und Stilllegung der deutschen Notenpresse, erreicht wird. Die Kämpfe zur Erreichung dieses Zieles werden wahrscheinlich härter sein wie irgendein Kampf seit der Revolution. Die Arbeiter werden in diesem Kampf aber einen Verbündeten haben, der denn doch mächtiger ist als die Clique, die leicht und mühselos mit der Noten-

presse das erreicht, was sie mit Ausnahmegeboten und jeder andern, einseitig gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahme heute nicht mehr erreichen würde. Dieser Verbündete ist das gesamte Ausland!

Der Arbeiter, der die Ausländer die Läden leerkaufen sieht, meint gewöhnlich, daß das Ausland ein Interesse an einer schlechten deutschen Valuta habe; das Gegenteil ist der Fall. Der ausländische Handel und die ausländische Industrie, Arbeitnehmer und Arbeitgeber leiden unter dem deutschen Ausverkauf sehr schwer. Man beschließt sich daher im Ausland schon ganz ernstlich mit dem Gedanken, die deutsche Regierung zur Stilllegung der Notenpresse einfach zu zwingen und zwangswise ein Geld in Deutschland einzuführen, von dem die Regierung nicht beliebige Mengen neu drucken lassen kann. In Zusammenhang damit steht abscheulich der Plan des amerikanischen Finanzmannes Vandenberg, für Mitteleuropa eine gemeinsame Zentralnotenbank zu schaffen, die aber nur Dollarnoten ausgibt. Die meisten bürgerlichen Zeitungen haben darüber ausführlich berichtet, so daß hier nicht darauf eingegangen werden soll. Die Kollegen sollten sich aber eingehend mit dem Vandenberg'schen Projekt beschäftigen. Mit seiner Verwirklichung ist ernstlich zu rechnen, und das um so eher, je energischer die deutschen Arbeiter die selben Forderungen erheben wie die ausländischen Volkswirtschaftler schon jetzt lauten.

Mit der Erzwingung der Dollarwährung ist das Geldproblem für die deutschen Arbeiter natürlich noch lange nicht gelöst. Es ist nur der Lebensunterhalt insoweit sichergestellt, als dann der Arbeiter wenigstens weiß, daß er sich von dem Lohne, den er am Sonnabend bekommt, bei vernünftiger Einteilung am nächsten Freitag noch kaufen kann, während er heute durchaus nicht sicher ist, ob die Notenpresse nicht binnen einer Woche alle Einteilung überflüssig macht. Wir haben es in diesen Wochen erlebt, daß die sorgsamste Hausfrau ihr am Sonnabend auf eingeliefertes Haushaltsgeld am nächsten Freitag los entwertet fand, daß sie vor den Bäckern und Schlächtern umkehren mußte, um die verbliebenen Papierklappen in die bekannten und mit Recht so ungeliebten Korbkörben umzuwecheln, während die Lebensmittelgeschäfte einige Tage nachher die städtische Müllabfuhr mit liegen gebliebenen und verdorbenen Waren verlor.

Die Beilegung dieser Mißstände ist aber schon etwas. Ist durch Erzwingung der Dollarwährung die Lebensgefahr für die deutsche Volkswirtschaft beseitigt, dann kann an die eigentliche Lösung des Geldproblems gegangen werden. Die Arbeiter werden sich dabei die Frage vorlegen müssen, ob es tatsächlich unvermeidlich ist, daß irgendeine Regierung, und sei es die amerikanische, ihnen vorschreibt, nach welcher Werteinheit sie untereinander ihre Produkte austauschen sollen. Auf diese Frage gibt es natürlich nur eine Antwort: Auch der Dollar muß noch überwinden werden!

Nach der natürlichen Werteinheit, d. h. man vielerlei von nicht bloß zu machen. Praktische und theoretische Arbeit sind ein. Das ist der letzte Einle die Arbeit die Werteinheit ist. Zur Zeit von Marx hätte man mit ein sehr primitives Maß dafür: die gesellschaftliche Arbeitsstunde. Heute haben wir ein sehr genaues und dazu sehr verbreitetes Arbeitsmaß: die Kilowattstunde.

Die natürliche Werteinheit, deren sich die Arbeiterschaft eines Tages bedienen wird, ist die Kilowattstunde in Verbindung mit einem von der Wissenschaft zur Vollkommenheit gebrachten System der Indersahlen!

Sambura.

H. v. Beckerath.

III.

Währungsreform oder Lohnanpassung?

Zu vorstehenden Betrachtungen der Währungsfrage wäre im einzelnen sehr viel Kräftiges zu sagen. Da wir jedoch grundsätzlich nach untrer Kenntnis der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens der Ansicht sind, daß alle Währungsfragen nur äußerliche Erscheinungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform umfassen, die nur dazu dienen, das ganze Getriebe des rücksichtslosen Profitstrebens des letzteren zu verwickeln, versprechen wir uns von irgendeiner willkürlichen Schlichtung des Währungsproblems keine dauernde Stellung der materiell wie ethisch durch und durch vergifteten heutigen Wirtschaftsordnung. Und es ist charakteristisch, daß beide Verfasser der vorstehenden Artikel zur Währungsfrage ihre Darlegungen mit dem ganz gleichen Gedanken schließen, den auch wir als den wichtigsten aller wirtschaftlichen Zeit- und Streitfragen gegenüber dem Währungsproblem beurteilen. Kollege Matthes (Chemnitz) fühlt trotz seiner interessanten und theoretisch sehr gut erfassten Beurteilung der verschiedenen Währungssysteme ganz deutlich, daß die Arbeit unsre einzige Waffe ist, mit der wir den Kapitalismus überwinden können; wobei er jedenfalls wie wir auch bei einer sozialistischen Gemeinwirtschaft nicht ohne Kapital nichts zu machen sein. Es kommt nur darauf an, ob dieses Kapital im Besitz einzelner oder der Gesamtheit eines Volkes und seiner Produktionsgruppen ist. Und Kollege v. Beckerath (Sambura) erkennt ebenfalls ganz richtig, daß in letzter Linie die Arbeit die Werteinheit ist, auf die alles ankommt.

Das ist auch unsre Auffassung. Daher haben alle Untersuchungen der Währungsfragen und alle Bestrebungen, das Währungsproblem im Sinne der beiden Verfasser zu lösen, mehr theoretischen als praktischen Wert. Wir selbst haben zu dieser Frage im Laufe der letzten Zeit mehrfach Stellung genommen; aber immer nur in dem Sinne, um zu zeigen, was und wie es gemacht wird, um die immer unvernünftiger gewordene privatkapitalistische Wirtschafts-

form im Inlande wie im Auslande zu „galvanisieren“. Die Volks- und Weltwirtschaft kommt dabei immer mehr auf den Fund. Daran werden auch irgendwelche Währungsreformen nur wenig ändern. Denn alle diese Reformen treffen das Ubel niemals an der Wurzel. Im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ist es gänzlich ausgeschlossen, daß irgendein Staat von sich aus die Währungsfrage so regeln kann, daß die Regelung auch von allen andern Staaten ohne Zwang anerkannt wird. Die Außenwörter der heutigen Währungsverhältnisse in allen Staaten werden solchen Reformen, die ihre Profitquellen einschränken, stets die größten Schwierigkeiten bereiten und sie zum Scheitern bringen. Am allerwenigsten wird es der deutschen Regierung oder irgendeiner tonangebenden deutschen Körperschaft gelingen, die deutschen Zahlungsforderungen ohne entsprechende Deduktion durch Arbeitswerte auf eine Gleichgewichtsbasis mit ausländischen Zahlungsmitteln zu bringen. Denn das ganze Währungsproblem ist letzten Endes nichts anderes als eine wirtschaftspolitische Vertrauensfrage. Die deutsche Mark wird von jeder andern ausländische Geldmitteln haben im Durchschnitt längerer oder kürzerer Fristen immer nur den Wert, der ihnen auf Grund des Vertrauens in ihre Realisierung durch Arbeitswerte vom Zahlungsempfänger beigelegt wird. Die ökonomischen Notierungen (Wechselkurse usw.) sind in diesem Sinne lediglich Vertrauensnoten mit mehr oder weniger Schiebung von materiell interessierter Seite.

Auch „Angebot und Nachfrage“ sind derartige gefühlsmäßige Faktoren, mit deren Sach- oder Arbeitswert heutzutage mehr als je zuvor gerade infolge der zunehmenden Unflexibilität privatkapitalistischer Produktions- und Handelsleistungen mehr willkürlich als sachlich spekuliert und operiert wird. Die in Abständen durch irgendwelche Währungsanpassungen entgegengetreten zu können, dürfte erfolglos sein; weil damit noch lange nicht die Gewähr gegeben ist, daß die betreffenden offiziellen Wertmaßstäbe nicht durch andre Staaten bei Kauf und Verkauf wieder umgangen werden können. Noch weniger würde ein sogenanntes Frei- oder Zeitgeld mit temporär-abnehmendem Wert eine befriedigende Lösung bringen. Das ganze Zahlungswesen würde dadurch nur noch komplizierter und unsicher werden und gerade für die Arbeiterklasse solche Schereereien mit sich bringen, daß demgegenüber der gegenwärtige inländische Markwert trotz seines schwankenden Wertes infolge der Preissteigerungen immer noch zweckmäßiger erscheinen müßte. Denn ob man die Markentwertung systematisiert oder nicht, es bleibt wirtschaftlicher Unsinn, so oder so. Wir können und wollen auf weitere Einzelheiten solcher problematischen Verläufe, das gegenwärtige Wirtschafts- und Kulturleiden auf dem Umweg über Währungsbehebungen aus der Welt zu schaffen, nicht näher eingehen, weil damit nur das Rob beim Schwanz ausgezäumt wird. Wir wollen jedoch gar nicht bestreiten, daß z. B. eine internationale Währungskonferenz, wie sie im Anschluß an die Abrüstungskonferenz in Washington geplant ist, in der Währungsfrage gewisse Erleichterungen bringen kann; ob aber auch für die Arbeiterklasse der von diesen Reformen begünstigten Länder, das steht auf einem andern Blatte. Denn zweifellos wird eine, wenn auch nur mäßige zwangsläufige Sebung der internationalen Kaufkraft der deutschen Mark die Rohstoffbeschaffung für Deutschland wesentlich erleichtern, ebenso wahrscheinlich wird aber dann eine noch schärfere Hemmung der deutschen Ausfuhrindustrialien eintreten, weil dann die Preisunterschiede zwischen deutschen und ausländischen Waren wesentlich geringer werden dürften. Das würde dann mit zunehmender Arbeitslosigkeit in Deutschland verbunden sein, wenn keine Möglichkeit mehr vorhanden wäre, die Herstellung deutscher Ausfuhrartikel dem Auslande gegenüber noch billiger als heute zu gestalten. Und darin liegt die Zweischneidigkeit des Währungsproblems, die uns immer wieder dazu drängen wird, die Beilegung der deutschen Not in anderer Richtung zu suchen als in einer Reform des Währungssystems. Bezeichnend ist überdies ja auch, daß die sogenannten künftigen Trabanten, wie Sinnes und Konfession, weit weniger Gewicht auf eine Währungsreform legen als auf den Besitz von Sachwerten und Produktionsmitteln. Ihr hoffentlich endgültig leibschlagender Plan, die deutschen Eisenbahnen usw. auch noch in ihre habgierigen Hände zu bekommen, ist der beste Beweis dafür, daß diese Herren allen Währungsreformen beizulegen jede Gefährlichkeit für ihre Interessen zu entziehen trachten. Schon in dieser Hinsicht erwies sich die geplante Währungsreform zum mindesten für die Arbeiterklasse als ein Schlag ins Wasser. Füllen wir uns also, zu vertrauenselig an der Oberfläche der wirtschaftlichen Brandung zu planschen! Wir wünschen allen Anhängern einer vernünftigen Währungsreform viel Glück, glauben aber nicht, daß dadurch die wirklichen Kräfte des heutigen wirtschaftlichen Elends beiläufig werden könnten. Denn diese Kräfte liegen viel tiefer; die Valutanote sind nur Sumpfbalgen, an der Oberfläche eines durch und durch faulen Bewässers, das erst durch gründliche Verkopfung der privatkapitalistischen Profitgier von seinen giftigen Gassen gereinigt werden kann. Das wird nur möglich sein, durch baldige und möglichst reifliche Zusammenfassung aller deutschen Kopf- und Handarbeiter zum Zweck einer Anpassung der Entlohnung an die durch Valuta und Großhandelspreise bedingten Kosten der Lebenshaltung. Und zweifellos sind gegenwärtig schon viele Kräfte in dieser Richtung am Werke. Die Not der Zeit ist auf diesem Weg ein unbeugsamer Schrittmacher. Je eher es uns gelangen wird, die Entlohnung den Preisen anzupassen, desto enger wird der Bereich der Konjunktur- und Währungsvampire. Je entschlossener und einheitslicher Hand- wie Kopfarbeiter, jeder an seinem Platz und in seiner Berufsgruppe, die Hände reichen, um zu diesem Ziele zu gelangen, desto

stärker wirkt die Macht und die Kraft der menschlichen Arbeit dem Regenlabal der Valutalibder entgegen.

In dieser Richtung bewegen sich sinngemäß auch die Darlegungen des Kollegen v. Beckerath (Hamburg), wenn wir sein Ziel: Entlohnung nach der Dollarwährung, ins Auge fassen. Das von ihm behandelte „Geldproblem“ ist dabei nur Schale, nicht Kern. Denn auch seine Frage über die Papiergeldvermehrung ist ja im Grunde genommen nur Behauptung oder Ausrufworte! Denn in Wirklichkeit ist nicht die von der Reichsbank wohl oder übel zu verantwortende Herausgabe von Milliarden ungedeckten Papiergeldes die Ursache der Preissteigerungen, sondern gerade umgekehrt liegen in Wirklichkeit die Dinge. Die durch den auch von der deutschen Kapitalistenklasse hinter den wirtschaftlichen Süffeln mit den Kundenörstern alten und neuen Schlags heraufbeschworenen Weltkrieg dem deutschen Volk aufgebürdeten Lasten des Verfallter Friedensvertrags in Verbindung mit der fortgesetzten offenen wie verdeckten Steuerhinterziehung der belibenden Klassen und dem immer wiederkehrenden lächerlichen Sabelgerall bis in die Gegenwart hinein, haben die deutsche Geldentwertung im Auslande verschuldet und zwingen die Reichsregierung zum Mißbrauche der Notenpresse, weil ihr andre Mittel nicht zur Verfügung gestellt sind und nicht werden. Die Ohnmacht oder die Unfähigkeit der Reichsregierung, andre Wege zur Schuldentilgung oder zur Hebung des Vertrauens des Auslandes in die deutsche Volkswirtschaft zu beschreiten, bleibe hier unerörtert. Hier handelt es sich nur darum, festzustellen, daß die Papiergeldvermehrung nur Wirkung, nicht Ursache der deutschen Not ist. Eine Stabilisierung des deutschen Geldwertes wird daher auch nicht durch äußerliche Währungsreformen erzielt werden, sondern nur durch Stärkung und Konsolidierung des ausländischen Vertrauens zur deutschen Wirtschaftspolitik. Alle historischen Beweise der Ursachen früherer Geldentwertungen oder Währungskatastrophen beruhen letzten Endes auf den ganz gleichen Ursachen. Auch sie waren nur Wirkungen verlodderter Wirtschaftsverhältnisse in allen den betreffenden Ländern. Und wenn heute schon deutsche Großhändler nicht mehr mit deutschem Gelde rechnen, so nur deshalb, weil sie ebensoviele Vertrauen zur deutschen Volkswirtschaft haben wie die Ausländer. Auch hier ist die Währungsfrage nur Vertrauensfrage dem eignen Vaterlande gegenüber.

Sollen nun die deutschen Arbeiter das gleiche tun? Wird dadurch eine Geländung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt? Wir glauben nein, ohne den berechtigten Kerngedanken des Kollegen v. B. damit gleichfalls zu verneinen. Denn die von ihm verlangte Einführung des Dollarkurses als Lohngrundlage ist ja nur ein Umweg, der unter den heutigen Verhältnissen nur für einen kleinen Teil der deutschen Arbeiterklasse ohne größere Schwierigkeiten durchführbar wäre. Schon die Schwierigkeiten, die z. B. die deutsche Reichsregierung bei Beschaffung der erforderlichen Dollardevisen zur Zahlung der letzten Reparationsleistungen zu überwinden hatte, und mit denen sie auch für die nächsten Zahlungstermine zu rechnen hat, beweisen, daß die Einführung der Dollarentlohnung in ganz Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit ist. Sowohl im Westen wie im Osten Deutschlands, wo andre Währungen (französische, englische usw.) schon allenthalben fündelnd verurlichen, würde die Anerkennung des Dollarkurses auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Die diesbezüglichen unvollständigen und im Saareviere sind geradezu abschredende Beispiele dafür. Also schon rein äußerlich betrachtet, ergeben sich für die Verwirklichung der Dollarentlohnung in Deutschland nahezu unüberwindliche Hindernisse. Viel schwerer wiegend sind jedoch noch sachliche Gegenstände. Der Inlandswert der deutschen Mark ist gegenwärtig noch um das Drei- bis Fünffache höher als das Wertverhältnis der deutschen Mark gegenüber dem Dollar. Im Inlande hat die deutsche Mark gegenwärtig eine Kaufkraft von 6 bis 7 Pf., dem Dollar gegenüber jedoch nur solche von 1¹/₂ bis 2 Pf. Welcher Maßstab soll nun für die Lohnzahlung gelten? Der von New York oder der des Inlandes? Und wer bestimmt den letzteren? Oder welche ausländische Valuta soll in Frage kommen? Und wer bürgt dafür, daß die ausländische Valuta bei den heutigen weltwirtschaftlichen unsicheren Zuständen stabil bleibt? Sie schwankt Tag und Nacht! Gewiß, der Dollar hat weltgeltlichen Charakter angenommen. Und dennoch bestimmt er allein nicht die deutschen Preisverhältnisse im Inlande. Diese werden vielmehr nach und nach diesbezüglichen Prüfungen und Berechnungen während des laufenden Jahres in erster Linie durch die deutschen Großhandelspreise bestimmt, und letztere wieder nicht ausschließlich durch den Dollar, sondern durch einen gewissen internationalen Valutapegel, der sehr schwankend ist. Aber das eine steht fest, daß die deutschen Großhandelspreise die innerdeutschen Kleinhandelspreise dirigieren, die ihrerseits wiederum in der monatlichen Reichsindexziffer für die Kosten der Lebenshaltung zu zwei Dritteln ihren Ausdruck finden. Und damit ist der Punkt gefunden, um den sich die Entlohnung in Deutschland zu bewegen hätte, und zwar aus praktischen Gründen unter Beibehaltung der Markentlohnung. In Nr. 135 haben wir in dem Leitartikel „Zur Lösung des Lohnproblems“ die entsprechenden rechnerischen Grundlagen für dieses Ziel eingehend erläutert. Erst wenn wir unsere ganze Energie für die Erreichung dieses Zieles einsehen, dann wird der äußere Druck des Valutaelends in Deutschland eine innere Widerstandskraft finden, die dessen bisherigen wirtschaftlichen Nachteil für die deutsche Arbeiterklasse von innen heraus zum größten Teil aufheben. Das Suchen nach Hilfsmitteln durch Währungsreformen bedeutet demgegenüber nur ein Palliativmittel, das wir getrost den sogenannten Sachverständigen überlassen können. Die Hauptfrage für

uns ist und bleibt die Eringung und Hochhaltung einer auskömmlichen Entlohnung, mag die Valuta dann unter amerikanischen, englischen, französischen oder chinesischen Einflüssen stehen. Nicht die Währung ist das Entscheidende, sondern der Gehalt oder die Höhe des Lohnes! Bedenke für uns das, was wir im Auge zu behalten haben; und dafür haben wir alle Kräfte einzusetzen. Nicht nur den Dollar haben wir unsere ganze Kraft einzusetzen, sondern für Sebung der innerdeutschen Kaufkraft, und zwar weniger aus nationalen Gründen als aus solchen der Selbsterhaltung.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Stensburg. Ihre Bezirksversammlung am 16. November hörte u. a. einen Vortrag des Kollegen Prüter (Kiel): „Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Lohngebiet in unserm Bezirk“. Interessant waren die Schilderungen der letzten Tarifauschüßigung sowie der im Zusammenhange damit tagenden Gewerkschaftskonferenz. In der regen Aussprache übte man an unserm Lohnabkommen scharfe Kritik und nahm am Schluß folgende Entschlieung einstimmig an: „Die am 16. November in Stensburg tagende Bezirksversammlung des Bezirks Stensburg steht auf dem Standpunkte, daß die am 1. Oktober in Kraft getretene Steuerungsulage angelehnt der in den letzten Wochen so rapid gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel vollkommen unzureichend ist. Ganz besonders macht sich diese Steuerung infolge der hohen Kaufkraft der dänischen Krone in den Grenzbezirken geltend. Die Versammlung erwartet vom Verbandsvorstand und den Tarifinstanzen, daß bei den nächsten Verhandlungen zwecks Erhöhung der Steuerungsulagen die besonderen Verhältnisse des hiesigen Bezirks durch Festlegung einer Grenzulage berücksichtigt werden.“

Hamburg. Das 60jährige Berufs Jubiläum be geht am 3. Dezember d. J. der in Buchdruckerkreisen allgemein bekannte und überall gern gelebte Heinrich Kruse. In seinen Wanderjahren konditionierte er in verschiedenen Städten Deutschlands. Besonders gefiel es ihm in der alten Schwabenstadt Stuttgart, und noch heute pflegt er freundschaftlichen Verkehr mit allen Verbandsveteranen Urnds, Sieburg u. a. Als Mitbegründer unser „Niederale Gutenberg von 1877“ brachte er dieser durch seine dichterliche Begabung und seine Liebe zum Liede stets ein reges Interesse entgegen. Als er im Jahre 1898 mit Chr. Freiber die Firma Kruse & Freiber gründete, gab sich beide das Versprechen, dem Verbands die Treue zu bewahren. Bis auf den heutigen Tag haben sie dies Gelöbdis gehalten. Wir wünschen daher dem braven „Gutenbergjünger“ noch manches Jahr in alter Spannkraft und Gesundheit!

Mannheim. Am 30. Oktober fand für die Bezirke Mannheim, Ludwigsbafen, Heidelberg und Worms eine allgemeine Versammlung statt, zu der durch Vermittlung des Gewerkschafts-Kollegen Fülle (Berlin) als Referent gewonnen war. Durch die am gleichen Tage stattfindenden babilchen Landtagswahlen erfuhr der Besuch bedauerlicherweise eine Beeinträchtigung, doch konnte dieses Zusammentreffen infolge der bereits getroffenen Dispositionen nicht verhindert werden. Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den Mannheimer Bezirksvorsitzenden Ubrig nahm Kollege Fülle das Wort zu seinem Vortrag: „Gewerkschaftliche Aufgaben in der Gegenwart“. Reicher Beifall lohnte die interessanten Ausführungen. In der Diskussion führte Kollege Ledleiter (Mannheim) aus, daß der Vortrag in einer Herabwürdigung der Opposition und einer Verherrlichung der Tarifgemeinschaft bestanden habe, die längst nicht mehr den Erfordernissen entspreche. Die Beilegung der Lohnarbeit könne nur durch die Beilegung des Kapitalismus erfolgen, was einzig und allein durch die Kraft der Waffe des Proletariats geschehen könnte und empfahl am Schluß seiner Ausführungen eine von ihm eingebrachte und in diesem Sinne gehaltene Resolution. Die Kollegen Seiwert und Conrad traten diesen Ausführungen in sehr treffender Weise entgegen, die Ansichten des Referenten unterstreichen und eine in diesem Sinne gehaltene Resolution empfehlen. Dem Referenten war es in seinem Schlusswort ein leichtes, die Ausführungen des Kollegen Ledleiter, die mit einigen Variationen immer dieselben sind, zu entkräften. Nach Ablehnung der Resolution Ledleiter gegen sieben Stimmen wurde fast einstimmig folgende Resolution zugestimmt: „Die am 30. Oktober 1921 im ‚Ballhaus‘ zu Mannheim stattgegangene gutbesuchte Buchdrucker-Versammlung der Bezirke Heidelberg, Ludwigsbafen, Mannheim und Worms erklärt nach den Ausführungen des Vortragenden, Kollegen Fülle (Berlin), auch in Zukunft an der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als der zur Zeit einzig richtigen Form festhalten zu wollen. Da die in den letzten Wochen rapid eingesezte Steuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel nie geahnten Umfang angenommen hat, wodurch die am 25. und 26. September in Berlin vor dem Reichsarbeitsministerium abgeschlossenen Lohn-erhöhungen abfolat keinen Ausweg darstellen können, eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Gehilfenklasse nicht hinzunehmen vermöchten, beauftragt die Versammlung den Verbandsvorstand und die Gehilfenvertreter, ohne Verzug dafür Sorge zu tragen, daß durch die sofortige Einberufung des Tarifausschusses die Möglichkeit weiterer, der Steuerung entsprechender Lohn-erhöhungen geschaffen wird. Sie billigt die getroffenen Maßnahmen und eingeleiteten Schritte der Organisationsleitung und stellt sich zur Durchführung derselben geschlossen hinter die Gehilfenleitung.“

(Stersu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzulieferen.

Beilage zu Nr. 137 — Leipzig, den 26. November 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Rundschau

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker. Von der Geschäftsstelle, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, können bei portofreier Zustellung bezogen werden: Deutscher Buchdrucker tarif (2 Mk.); Liste der Lokalaufsätze zum § 9 des Tarifs (75 Pf.); Verzeichnis der tarifierten Buchdruckereien (5 Mk.); Geschäftsbericht des Tarifamts für 1920 (2 Mk.); Statistik aus den Jahren 1917 (50 Pf.), 1918 (1,25 Mk.); Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe (1 Mk.); Gesamtelte Entscheidungen des Tarifamts, Heft 5 (2,50 Mk.). Man bestelle sich mit feiner Bezeichnung, da möglicherweise das eine oder das andre bald vergriffen sein wird.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer in Straßburg befinden am 15. November die Kollegen Wilhelm Burwäh aus Puitsbus, August Will aus Straßburg und Erhard Glaefer aus Zillgau l. Erzgeb. mit Erfolg die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe.

Zur Sicherung der sächsischen Papierfabrikation. Wegen der gemäßigten Preissteigerung für sächsische Kohlen, auf die namentlich die sächsische Papierfabrikation angewiesen ist, fanden in Leipzig Verhandlungen statt, die das Ergebnis zeigten, daß Sachen aus dem mitteldeutschen und niederlausitzer Revier befestigt werden soll. Demgemäß wird für Wagengestellung gesorgt werden, die man jetzt nach Verringerung der Karstoff- und Kohlenfrachten nicht mehr für so schwierig hält.

Neue Preissteigerung für Zellungsdruckpapier. Zu der Preissteigerung ab 1. November um 31,60 bzw. 31,50 Mk. für 100 kg kommt wegen großer Verringerung des Zellstoffes um 10 auf 40 Mk. für 100 kg und der Frachten um 20 Proz. eine neue Preissteigerung ab 1. Dezember um 22,50 Mk. hinzu.

Auslandskapital in deutschen Zeitungsunternehmen. Der „Zeitungsverlag“ macht in einem „Die Notlage des deutschen Zeitungswezens“ überschriebenen Aufsatze darauf aufmerksam, daß das Auslandskapital befreit ist, deutsche Zeitungen in die Hand zu bekommen. „Man braucht nur auf den Northcliffe-Konzernen in England zu verweisen, der in Amerika ebenso gut wie in Paris seine Abnehmer besitzt und von dem es heißt, daß es ihm bereits auf dem Wege über sogenannte Stadt gelungen ist, sich in Deutschland festzusetzen.“ Gegen die Gefahren, die sich aus solcher Entwicklung ergeben, müßten die deutschen Zeitungen jeder Richtung ein geschlossenes Ganzes bilden, so lokal auch die Gegenläufe wären. „Um so verwerflicher ist die Zeitung, die in solcher Lage es versucht, mit allen Mitteln brutaler Finanzherrschaft in einer Großstadt Fuß zu fassen, die bereits namhafte Zeitungen aller Richtungen besitzt, und die in ihrem Bestreben, das „Geschäft“ an sich zu ziehen, sich nicht scheut, das nur mühsam aufrechterhaltene wirtschaftliche Gleichgewicht der Presse eines ganzen Landes und darüber hinaus weiterer Gebietsteile zu gefährden.“ Hiernach wird einem größtmöglichen Zeitungsunternehmen der Vorwurf gemacht, mit englischem Kapital eine Korruption größeren Stils zu betreiben. Es wäre aber schon besser, wenn nicht der Namensnennung des englischen Unternehmens in Deutschland nicht zurückgehalten würde. Um übrigens braucht man sich über eine solche logische Weiterentwicklung der Rückständigkeit der Presse nicht zu wundern. Es ist schließlich auch nur eine Sinnestäuschung in „verbessertem“ Aufsatze.

Der Schaulenkerwettbewerb der Berliner Buchhändler. Der Schaulenkerwettbewerb, der im Anschluß an die Ausstellung „Buch und Bild“ stattfindet, hat kein besonderes Resultat gezeitigt. Nicht alle Preise konnten verteilt werden. Wenn auch guter Geschmack entwickelt wurde, fehlten doch neue Ideen. Wie verlaute, soll der Wettbewerb demnächst wiederholt werden.

Lohnerhöhung für die sächsischen Papierarbeiter. Wie in andern Bezirken, traten auch wieder die sächsischen Papierarbeiter in eine Lohnbewegung ein und erzielten durch Verhandlung mit den Unternehmern, die sich diesmal williger zeigten, einen Stundenzuschlag von 80 Pf. ab 15. November und einen weiteren von 1 Mk. ab 1. Dezember für über 20 Jahre alte Arbeiter. Handwerker bekommen 20 Pf. mehr. Sogenannte Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten entsprechend weniger.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Vom Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelstraße 24) werden gesucht: Zwei Arbeitersekretäre für Didenburg zum möglichst baldigen Antritt und für Striegau zum 1. Januar 1922. Für Striegau ist mindestens fünfjährige Organisationszugehörigkeit, Redegewandtheit, organisatorische und agitatorische Befähigung erforderlich. — Arbeitersekretär für Peine, der neben Rechtsanwaltschaft auch das organisierte Gebiet beherrschen und in gewerkschaftlichen Fragen bewandert sein muß. Bedingung: zehnjährige gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. — Ausführende Bewerbungen sind an die genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzuliefern.

Der Kampf gegen den Margarinebuchen. Bei der Berliner Hauptniederlage der Margarinefabrik U. M. Mohr in Allona sind rund 1820 Zentner Margarine im Gesamtwerte von 4540000 Mk. wegen übermäßiger Preissteigerung beschlagnahmt worden. Die Firma ist angewiesen, zu festgesetzten Preisen an die Kaufleute abzugeben und den Millionenerlös der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu halten.

Am das Schicksal der Deutschen Werke. Die Vorstände der Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften haben im Namen ihrer angeschlossenen 13 Millionen Mitglieder persönlich bei General Nolte Vorstellungen wegen des Vorgehens der Entente gegen die Deutschen Werke erhoben, die nicht ohne günstige Wirkung auf die Interalliierte Kommission geblieben sind und auch das Schicksal der Deutschen Werke beeinflussen werden.

Die gewerkschaftliche Warenverforgung. Bei der Wucherdebatte am 11. November im Reichstag kam zur Sprache, daß auch die Warenverforgungsstelle der Gewerkschaften sehr gefährdet sei, weil die Regierung den Gewerkschaften den 25-Millionen-Kredit genehmigt hat und die Lieferanten das als Vorwand benutzten, um sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Danach hätte die andauernde Verarbeitung der Regierung durch die interessierten Gegner doch Erfolg gehabt. Was ist angesichts der noch zu erwartenden größeren Verschlechterung der Wirtschaftslage unbegreiflich. Aus der Not der Zeit heraus wurde die gewerkschaftliche Warenverforgung Ende vorigen Jahres geboren. Arbeitslosigkeit und mangelnde Kaufkraft drückten schwer auf das deutsche Wirtschaftsleben und drohen es immer mehr lahmzulegen. Das Reich entschloß sich daher zu einer Kreditgewährung aus dem Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die vergütet werden und sichergestellt sind, indem die beschafften Waren Preishöhen bleiben. Ihre Erlösberechnung hat die Warenverforgungsstelle durch den großen Aufschwung, den sie genommen hat, erbracht. Sie hat die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft, soweit Verleierungsstellen eingerichtet sind, mit preiswerten Gegenständen des täglichen Bedarfs, namentlich Kleidung, versorgt und muß es künftig weiter tun angesichts der unbilligen Zustände im Wirtschaftsleben. Die Gründe, die für die Errichtung der Warenverforgungsstelle sprachen, sind heute noch mehr als damals maßgebend. Die Einführung des Kreditlohn auf alle Fälle zurückgenommen werden.

Zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Die fortschreitende Entwertung des Geldes macht eine sofortige Änderung des jetzt gültigen Einkommensteuergesetzes vom 24. März 1921 erforderlich. Der Zentralverband der Angestellten hat in Erkenntnis dieser Notwendigkeit an das Reichsfinanzministerium, an den Steueraussschuß des Reichstages sowie an verschiedene in Betracht kommende Minister eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Erhöhung der Einkommensteuer um Arbeitslohn und mit der Änderung des Einkommensteuergesetzes befaßt. Zugleich werden Vorschläge gemacht, die den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Es ist auch ein Gesetz in Vorbereitung, das die Grenze für den 10prozentigen Steuerabzug von 24000 auf 36000 Mk. heraufhebt.

Umsatzsteigerung und -minderung in der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, erzielte im dritten Vierteljahre 1921 einen Gesamtumsatz von 13371597 Mk., gegen 10897624 Mk. im dritten Vierteljahre 1920. Von dem Mehrumsatz entfielen 647000 Mk. auf Druckerlei und Papierwarenlabrak und 1831804 Mk. auf das Versicherungswesen, während die Elektrizitätswerke 4881 Mk. Minderumsatz aufwiesen.

Rundgebung der Gewerkschaftsinternationale. Auf einer von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einberufenen Konferenz von Vertretern der international organisierten Transport-, Berg- und Metallarbeiter wurden Entschlüsse gefaßt, die zur Bekämpfung des Kapitalismus und des Militarismus aufrufen und zur Propaganda für die allgemeine Abrüstung aufordern. Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zusammenzuschließen, um im Falle drohender Kriegsgefahr durch sofortige Verhinderung des internationalen Generalstreiks, namentlich der Transport-, Berg- und Metallarbeiter, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Briefkasten

Nach A.: Wollen absehen davon, die „Ähnliche Zeitung“ hätte aber besser abgesehen sollen, daß bei dem Nachruhe für ihren verlorenen ehemaligen Chefredakteur nicht solcher technischer Umfang unterlassen wurde. — G. Z. in G.: Sehen Sie doch einmal im Deutschen Buchdruckerberuf nach, auf welcher Seite — S. Z. in B.: Können uns im Augenblick nicht damit befassen. — H. D. in L.: Diese Annahme ist falsch; trotz der am 1. Dezember eingetragenen Erhöhung der Anzeigenpreise im „Aor.“ sind die für den Anteileneil ausbleibenden Zahl, Text- und Papierkosten dann noch nicht bezahlt. Im Vorlage liegt es zunächst; der Gedanke vor (von dem wir hier in der Frage gefaßt). — G. Z. in S. B.: In einem unpartheylichen Urteil muß man sich jedoch durchsetzen lassen. Das Studium nur einer Zeitung ist dazu nicht ausreichend. — G. E. in T.: S. 50 uher.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chemnitzplatz 5 II. Fernsprecher: Am Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung

Klassifikationskarte für die Zählung der Arbeitslosen einfinden!

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einreichung der genauen Klassifikationskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat November 1921: 7. Dezember 1921, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Eintrag ist der 26. November. Die Karten müssen auch dann eingeleitet werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!

Die Hauptverwaltung.

Hauptverwaltung. Die verehrlichen Funktionäre, die Verbandsbüros für in Clubs die Kollegen einzuhalten werden, bitten wir davon Kenntnis zu nehmen, daß genannter Ort zum Bezirk Hildesheim gehört, und nicht, wie im Ortsverzeichnis in den Jahrgängen angegeben, zum Bezirk Wolfenbüttel.

Kaffershäuser. Der Echer Richard Koch, zuletzt in Aufel, lebt angeblich in Manteuffel in Königsberg, wird aufgefordert, seine Karte zu begleiten, widrigenfalls Anschlag beauftragt wird.

Arbeitslosenunterstützung

Hilfsbeirat. Der Echer Paul Kannen aus M. Gladbach wird aufgefordert, den unter Vorbelegung fälliger Zahlungen erhaltenen Vorschub von 50 Mk. unverzüglich an den Ortskassier P. Lindermann, Kronenstraße 34, einzuliefern.

Verlammungskalender

Magdeburg. Malchin en jeder Bezirksverlammlung Sonntag, den 27. November, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der Kunstgewerkschule, Brandenburger Straße.
Oppelen. Verlammlung Sonntag, den 27. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Oppelener Verein“, Sauer Straße 95.
Waldenburg i. S. Verlammlung Sonntag, den 28. Dezember, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer der „Gorhauer Werkhalle“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Verlagsleiters Herrn Paul Schliebs

Zweiter Katalog

zum Verzeichnis der den Kart anerkennenden Firmen vom 31. August 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifverhältnisse nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis.** Bremen: Verlagsgenossenschaft Nordwest, G. m. b. H.
- II. Kreis.** Bonn: Wurm, Theodor (Jungo Kollmann); Düren: Breuer, Gebr., & Co.; Düsseldorf: Druckhaus Willemsdorf (Schubert & Schulz); Industrie-Verlag und Druckerei, Alt. G. — Elten: Welfmann; Reimsheim: Reimsheim, Th. G. m. b. H.; Stollmann, Friedrich; — Hils i. M.; Janssen & Wette (Ernst Janssen, Wilhelm Wette); — Köln: Reisschalm, Gebr.; — Münster i. W.: Arndt, Joseph (Zweigstelle der Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Eberfeld).
- III. Kreis.** Bielefeld: Wörner, Jakob; — Marburg a. L.: Völkner, Franz.
- IV. Kreis.** Karlsruhe: Süddeutscher Anzeigenverlag, G. m. b. H.; — Stuttgart: Walthersche Buchdruckerei, Komm.-Ges. (Richard Walthers).
- V. Kreis.** Bielefeld a. d. Wesch: Wagner, Hans; — München: Scheider, Jol.
- VI. Kreis.** Gommern: Brandt, Wilhelm.
- VII. Kreis.** Aachen (Vogelnd): Welschdorf, August; Meyer, Otto; — Leipzig: Müge & Schuch (Wolff Müge und Bruno Schuch); — Osnabrück (Erped): Kropke, P. Fritz; — Plauen (Vogelnd): „Neue Vogelländische Zeitung“ Geisel & Co. (Hermann Geisel).
- VIII. Kreis.** Berlin: Druckerei und Bureaubedarf, G. m. b. H.; — Bielefeld: Stempel- & Schuch (Eudler & Hildebrandt); — Bielefeld: Schreiber, M.; — Bielefeld, R. Max Erbe und Reinhold Bielefeld; — Charlottenburg: „Freiheit des Ostens“, Schleich Abdour-Rahman Goll; — Lande & Co.; — Wolf, Emil; — Schöneberg: Bark & Schreiber, G. m. b. H. (Otto Bark und Richard Schreiber); — Tübingen: Bruns, Wachs, Otto Riesenfeld & Co. (Otto Riesenfeld, Hermann Riehl).
- IX. Kreis.** Bielefeld: Hofmann, Gebr.; — Gröden (Marx und Otto Hofmann, Gustav Gröden); — Sandelsdrucker U. Müller & Co.; — Wagentweid & Endler.
- X. Kreis.** Bielefeld: Krügers, Jodo.; — Buchdruckerei (Jodo. Krügers); — Hamburg: Sinnigshoffen & Co. — Kiel: Herpel, Dr., & Co., G. m. b. H.
- XI. Kreis.** Berlin a. d. Werl: Krüger, Will.; — Alpehne (Kreis Soltau): Wagner, Hans; — Schwane P.: Nationaler Druckerei- und Verlagsgenossenschaft Schwane, e. G. m. b. H.

Aus dem Verzeichnis der tarifierten Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:

Kreis II. Buchdruckerei Aug. Krichhoff und Buchdruckerei Gustav Fock in Langenberg (Nied.). — Buchdruckerei Richard Goebel in Ardingen.
Kreis V. Buchdruckerei Karl Nikolaus in Brückenau (Siedl.).
Kreis VIII. Mittelgesellschaft J. D. Riedel, Chemische Fabrik, in Berlin-Gröden.

Aus der Liste der tarifierten Verleger wurden gestrichen: Maschinenverleger S. Heine (Siedhammowerische Verlagsanstalt) und Maschinenverleger Martin Greiner, geb. 3. Juli 1888 in Gorchheim, befristet bei der Firma Eißel & Co. in Reumünster (Soltau).

Bekanntmachung

Schiedsgericht betreffend
Schwerin i. M. Preussische Buchdrucker: Herr Carl Krüger, in Firma Endemeyer'sche Buchdruckerei, Montag-Platz 21, Berlin, 7. November 1921.
J. M. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Wichtig für Setzmaschinenbetriebe!

D. R. G. M.



Federndes Gelenk für Matzengesellen-Besatzschlitten (D. 517). Verbeserter Ersatz des beweglichen kurzen Fingers mit Gelenk. Vorrecht vor Nachahmungen! — Geheißt geschliffen!

Beweglicher Finger mit federndem Gelenk

Materialspartnis und Betriebssicherheit gewährleisten diese beiden praktischen Neuerungen, die sich in idealer Weise ergänzen, in höchstem Maße Hauptvorteile: Kein Verbiegen oder Brechen der Finger und kein Ausschleifen sowie Vermeidung ernsthafter Beschädigungen.

Eingeführt in den größten Betrieben des In- und Auslandes. An jedem Modell (einschl. 84-Cicco-Format) leicht anzubringen bzw. auszuwechseln! Nur zu beziehen durch den Hersteller **Otto Senftleben, Berlin N. 39, Riattschoustraße 7.**

Bereinigung der russischen Geher in Berlin
 Am Sonntag, dem 27. November, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2:

Monatsversammlung
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zu vollständiger Besuche laden ein Der Vorstand.

Schließzeuge, Schmalzschließzeuge
 In jeder Größe Gustav Diehl, Stuttgart 8, Ludwigstraße 96, Fernruf 2101.

Tilsiter Käse
 anerkannt gute, schmackhafte Qualität. Vorbe von etwa 9 Pfd. 16,45 Mk. pro Pfd. gegen Nachnahme. Samonla-Werand, Hamburg 22 A, Schleidenplatz 18.

Tüchtiger, stiller **Typographseher**
 für Modell B zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. „Nordwestdeutsches Echo“, Bremen, Steen 26.

Monotypeseher
 für C-Apparat gesucht. W. Garidel, Buchdrucker und Verlag, Offen.

Maschinenmeister
 mit gründlichen Evidenzen im Flachdrück, Anlegemittel (auch Plattenpressen- und Katalogdruck) sowie in Röhren- und Zylinderrotation für Großplatt Nord- und Südamerika sofort gesucht. Da Wohnungsmangel, Unverheiratete bevorzugt. Angebote unter Nr. 701 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Rotationsmaschinenmeister und Stereotypseher
 für achtsellige Vogelmärchen-Rotationsmaschine, der an solches Arbeiten und laubere Behandlung der Maschine gewöhnt ist, zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Wegen Wohnungsmangel kommen nur unverheiratete Bewerber in Betracht. C. W. Walter, Wellisch (Bez. Halle a. d. S.).

Galvanoplastiker
 durchaus tüchtig im Prägen, vertraut mit Hinterlegen und den Wäbern, möglichst auch im Nichten geübt, für sofort oder baldigst gesucht. Dr. v. Löttsche & Co., Frankfurt.

Tüchtiger Zeuggraveur
 in dauernde Stellung gesucht. Buschmann & Clemens, Leipzig, Marienstraße 27 II.

Geübte Schriftsteilerin
 für Kommissionen sofort gesucht. Schriftstellers Ludwig Wagner, Leipzig, Gabelsbergerstraße 1a.

Junger Schriftseher
 26jährig, mit guten Zeugnissen **sucht Kondition** auf Anzeigen- oder Werklath. Würde auch Maschinenseher lernen. Gest. Angebote an Christ. Grischott, Schriftseher, „Friedheim“, Chur (Schweiz.).

Schriftseher
 in allen Gattungen bewandert, sucht für sofort Stellung. Georg Wähler, Leonberg (Würtb.), Schlossstraße 11.

Zwickau oder Ung. Schriftseher
 26 Jahre alt, verheiratet, sucht für sofort Stellung für Akzidenz und Ankerate. Angebote an Friedrich Brandt, Wellisch bei Weisenburg 134 C.

Typographseher

18jährige Praxis an sämtlichen Modellen, guter Maschinenseher und -pfeleger. in ungeklügelter Stellung, wünscht sich demnach zu verändern. Leipzig bevorzugt. Offerten unter Nr. 708 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Werkseher
 welche mit der Verarbeitung des Monotypeseher vertraut sind, zu sofortigem Eintritt gesucht. P24 Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Junger, unverheirateter Schriftseher
 in allen Gattungen bewandert, zu baldigem Eintritt gesucht. Angebot mit Zeugnisabschr., Mültern und Angabe des frühesten Eintrittstermins erbeten an Samelli'sche Buchdruckerei, Bären (Rhd.).

Zwei Linotypeseher
 in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Gehalt 10 Mk. über Tarif. Wih. Waither, Oldenburg i. O.

Besetzer tüchtiger Linotypeseher
 findet sofort bei uns dauernde Beschäftigung gegen gute Bezahlung. Nummer & No., Berlin C 2, Neue Promenade 6.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt tüchtigen Monotypeseher
 in dauernde Stellung. Gebrüder Kichel, Augsburg.

Monotypeseher
 in dauernde Stellung für Leipzig gesucht. Offerten, Zeugnisse u. Gehaltsanträge unter Nr. 511 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

An unsre Multi-Ideal-Maschinenseher
 Linotype suchen wir bei 450 Mk. Wochenlohn einen tüchtigen der alle entlebenden Hemmnisse selbst beseitigen kann. Eintritt möglichst sofort. W. Wegmann-Geitung*, Sendeburg, Nemeisgebiet.

Tüchtige Galvanoplastiker
 gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Altersangabe und Zeugnisabschriften an Gebr. Klingendor, Offenbach a. M.

Tüchtige Komplexmaschinen-seher
 gesucht. Bewerbungen mit Altersangabe und Zeugnisabschriften an Gebr. Klingendor, Offenbach a. M.

Glatter Schriftseher
 mit allen Gattungen verträglich, sucht sich in Leipzig in Dauerleistung zu verändern. Gest. Offerten unter Nr. 721 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Hamburg! Geher
 firm im Akzidenz- und Anzeigenschreib- sowie längere Praxis als Zeitungsmesseher, sucht sich, gestützt auf gute Zeugnisse, sofort zu verändern. Beste Angebote an Kreuzer, Hamburg 33, Wiedemann 9 I.

Tüchtiger Katalog- und Akzidenzseher
 mit guten Zeugnissen, an solches Arbeiten gewöhnt, wünscht sich in Leipzig zu verändern. Angebote unter Nr. 696 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Strebamer, junger Mann, 26 Jahre alt, gelernter Geher, Fachschulbildung, Meisterprüfung, sucht in Leipzig in kleiner Druckerlei Stellung zur Unterstützung des Chefs oder Betriebsleiters
 Offerten unter Nr. 709 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Seherstereotypseher
 perfekt in Satz und Stereotypie, wünscht sich zu verändern. Leipzig oder Süd-Deutschland bevorzugt. Angebote unter Nr. 698 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Glachstereotypseher
 sofort gesucht. Philipp Reclam jun., Leipzig.

Fachbücher

für Seher und Drucker!
 Kurzer Leitfaden der Orthographie . . . 1,75 Mk.
 Wegleiter f. Schriftseher . . . 2,75 Mk.
 Alphabetschleife . . . 7,75 Mk.
 Alphabetschleife . . . 6,75 Mk.
 Das Schreibeisen . . . 5,75 Mk.
 Papiera zum Stylisieren, bunt, 10 Quatzen . . . 3,50 Mk.
 Quatzenfist mit Nonn-Einstellung 3,50 Mk.
 Quatzenfist, weiß . . . 2,75 Mk.
 Vorlagentafeln f. Schreibeisen 4,85 Mk.
 Der Vinfestsch, die wichtigsten Regeln . . . 0,50 Mt.
 Stereotypschema . . . 0,75 Mt.
 Das Aufschreiben der Druckformen 4,50 Mt.
 Die Farben und ihre Töne . . . 6,-- Mt.
 Die Zeichnung von Schrift, Platten- und Bildformen . . . 1,75 Mt.
 Prakt. Anweisungen zum Farbenmischen . . . 1,75 Mt.
 Notary-Vogelapparat . . . 4,50 Mt.
 Universaltyp-Vogelapparat . . . 5,50 Mt.
 Schmitz . . . 3,50 Mt.
 Die Kalkulation von Druckarbeiten 4,50 Mt.
 Tabelle zur Berechnung von Druckkosten von 1912 . . . 1,25 Mt.
 Johannesfest u. Neufahrtarten-austausch von früheren Jahren f. 25 Mt.
 Das Problem einer neuen Vogelapparat . . . 1,25 Mt.
 Die Geschichte des Veränders der Deutschen Buchdrucker, 1. Band 2,50 Mt. und 4,50 Mt. Porto. 7,-- Mt.
 Weltnachtsbestellungen bitten wir rechtzeitig aufgeben zu wollen.
 Porto und Verpackung wird nicht berechnet. Maßnahme bis 50 Mt. 75 Pf., über 50 Mt. 1 Mt. mehr.

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker + Leipzig, Salomonstraße 6, Postfach 100 Nr. 534 30



Vogel
 Deutsches grammatisches orthographisches Nachschlagebuch
 Ein alphabetisch geordnetes Nachschlagebuch zum Gebrauch für jeden, der Wert darauf legt, richtig Deutsch zu sprechen u. zu schreiben. Ein Hauptvorteil liegt in der grammatischen Behandlung der aufgenommenen Wörter (Satzbau, Bestimmung, etc.). Durch jede Buchhandlung zu beziehen.
 Bangerische Buch-Verlagshandlung, (Professor Dr. Bangerich) Berlin-Schöneberg, Wahnstraße 29/30.
 24 Hk.

Seher bluen (mit Anzeigen) gute Mada-Stoff, Länge 110: 82 Mk., Länge 120: 84 Mk., Länge 130: 86 Mk. erkläre Porto. Versand per Nachnahme. Fr. C. Wellisch, Königsberg i. Pr., Blumenstraße 10.

Von vielen Ortsvereinen partienweise bezogen und in zweiter Aufl. erschienen: **„Leitfaden“** für Schriftseher-Beihilfen und jüngere Geher von Hermann Meusdorf Preis 2,50 Mk. Zu beziehen durch Richard Meusdorf, Seilz, Kaiser-Wilhelm-Straße 45.

Belmer Berliner
 Kollege gewährt einem Kollegen aus Bayern Aufenthal für 14 Tage? Am liebsten Nähe Sülzenstraße. Angebote an H. Egger, Traunstein (Bavern), Hofgasse 1.

Holzgeräte Gehtäten, Regale auch Schließzeuge

Gust. Diehl, Stuttgart 8, Ludwigstraße 96.
Sehregale und Kästen sowie Formregale, Elegante, Kasten, Kisten, Kisten und Gardenschränke, Schließzeuge usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.
 Wagner & Moll, Stuttgart 12, Carl-Neuburg-Straße 112.

Maschinenband
 Friedensquellh. Hefen Wagner & Moll, Düsseldorf, Carl-Neuburg-Straße 112.

Rotationsmaschinenmesser
 Ludwig Morcken, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Für den Buchdrucker die Kurzschrift Rothbarth!
 Hunderroll einfach und leicht. Verne 18 Zeichen und 12 Schreibarten! Vervollständigt, andere Entwürfe überlegen. Erparat Zeit, bringt Geld! Gebührend ohne und mit beiliegendem Unterrichts- und Preisliste. 504 Hk. frei.
 Fr. Rothbarth, Dresden-N. 21.

Typographsehermaschinen, Ziegeldruckpressen, Anlegemittel
 Ersatzteile, Matzern usw. repariert schnell und preiswert. Monteur zur Verfügung. Erstklassige Referenzen. 158 Hk. frei.
 Karl Hermann, Leipzig-Gohlis, Biedermannstraße 27. (Tel. 35483.)

Platen, Linzetzen, Buchschönen, Quellpflaster, Farb-, Adelen, Prellstifte etc. Grapht. Verlagshaus Th. Hertz, Unterrhein-Struttgart, Poststraße 1.

Wolffs preisgekrönte Bronzelinktur Kosmos
 In 750 Tropfen zu Goldunterdruckfarbe. In ersten Firmen mit großem Erfolg eingeführt.

Wolffs Trockenmittel „Eosin“
 für Stein- und Buchdruck, ist bis jetzt das Beste, mit bester Anerkennung, ohne Schmutz- und Schwebelose in keiner Anstalt zu fehlen. Ein Versuch der Kollegen überzeuge! Probedosen 2,50 kg, Originaldosen von 5 kg ab Delmo. Generallieferant u. Lager für Sachsen: Fritz Lühke, Leipzig-Schönefeld, 17. Dimpelstraße 13.
 G. A. Wolff, G. m. b. H., Fabrik von Bronze- und Trockenmittelinkturen, Delmo.

Rauch's Registerreglefen
 helfen Registermachen bei Farben- und Melldruck. Prospect kostenlos.

Rauch's Anlegemärchen
 sind die zuverlässigsten bei Ein- und Farbendruck. Aufstellbar wie Quadrate und ausspannbar auf Stahlband. (107 Hk.)

Lehrbücher für Drucker
 sowie die Werke für Satz und Druck in Qualifizierung nach Preisliste. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9.

Am 20. November verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unter langjähriger Mitarbeit und lieber Freund, der Korrektor **Paul Lohse** im Alter von 47 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt.
Das technische Personal der „Berliner Morgen- und Abend-Zeitung“, Berlin.

Am 21. November verstarb wieder einer unserer Mitarbeiter und lieber Freund, der Korrektor **August Hofmann** aus Breslau, im Alter von 78 Jahren an Altersschwäche. Seit Jahren an der Stube gesesselt, wurde ihm der Tod zur Erleichterung.
 Ehre seinem Andenken! Ortsverein Breslau.

Bei Arbeitslosigkeit sowie anderen Anzeigen wollen Inserenten der Vorzeitparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken kein Stadtnachschickung. Geschäftsstelle: des „Storr.“